



„Kommt die D-Mark, bleiben wir...!“

Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990

Folkard Wunderlich

Die Friedliche Revolution 1989 in der DDR wurde vielfach geprägt und befeuert durch Slogans und Sprechchöre, die zum jeweils aktuellen Zeitpunkt den Stand der Forderungen und Wünsche einer Mehrzahl der Demonstranten zum Ausdruck brachten. Mit diesen Formulierungen gewannen die Ereignisse eine ganz eigene Dynamik. Beginnend in den ersten Oktobertagen mit „Wir sind das Volk!“, das den Machtanspruch der SED in Frage stellte und in die Defensive drängte, gingen die Losungen nach dem Mauerfall am 9. November über in „Wir sind ein Volk!“, was eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten in den Blick nahm. Sie gipfelte in „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr!“

Was prägte die Situation Ende der 1980er Jahre, die zu dieser Entwicklung führte? Michail Gorbatschow, seit 1985 Generalsekretär der KPdSU versuchte auf die wirtschaftlichen und gesell-

schaftlichen Probleme und die Unzufriedenheit der Bevölkerung, zuerst in der Sowjetunion, aber schließlich im gesamten miteinander verflochtenen Bereich der sozialistischen Staaten zu reagieren. Die Begriffe Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umgestaltung) beschrieben die beabsichtigte Zielrichtung seiner Bemühungen. Während andere sozialistische Staaten, speziell Osteuropas, seinem Vorbild in Abwandlungen folgten, lehnte das SED-Regime in der DDR jegliche Reformen vehement ab. Das umfangreiche Reformpaket, das Gorbatschow für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in der Sowjetunion vorsah, wollte er auch für die anderen sozialistischen Staaten ermöglichen. 1987 hob er deshalb die Breschnew-Doktrin auf und sicherte den sozialistischen Staaten zu, ihre Eigenständigkeit zu achten.

Zuerst Polen und dann Ungarn gingen daran, erste Reformen umzusetzen. Diese Veränderungen

Am S-Bahnhof Friedrichstraße
in Berlin-Mitte, März 1990
© Bundesstiftung Aufarbeitung,
Foto: Harald Hauswald - Ostkreuz,
Bild 900000hh535

Dieser Aufsatz hat Quellenhinweise
aus Grosser 1998 (wie Anm. 9)
aufgenommen.

- 1 Gerhard Schürer: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, geheime Verschluss-sache b5 1158/89, veröffentlicht in Deutschland-Archiv Heft 10/1992, S.1112-1120.
- 2 Vgl. Gerd-Rüdiger Stephan: Die letzten Tagungen des ZK der SED 1988/89. In: Deutschland-Archiv Heft 3/1993, S. 319.

sprachen sich in weiten Kreisen der DDR-Bevölkerung herum und weckten Hoffnungen, dass auch in der DDR Reformen möglich werden könnten. Die SED unter Generalsekretär Erich Honecker lehnte für ihren Herrschaftsbereich Glasnost und Perestroika strikt ab, weil sie damit ihren selbst formulierten Führungsanspruch gefährdet sah.

Das Lager der Unzufriedenen in der DDR trennte sich denn auch in zwei Bereiche: Einmal in diejenigen, die alle Hoffnung auf Veränderungen aufgegeben hatten und nur noch eine Lösung der Probleme in ihrer ständigen Ausreise aus der DDR sahen. Zum anderen in diejenigen, die vor Ort versuchen wollten, zuerst einmal politische Veränderungen herbeizuführen. Trotz dieser Uneinigkeit erwuchs daraus ein ungeheurer politischer Druck auf die SED-Führung, weil mit der Ausreise auch ein immer stärkerer wirtschaftlicher Verfall einherging. Viele Stellen in der Wirtschaft der DDR konnten nicht mehr besetzt werden, was zu Produktionsausfällen und weiterem wirtschaftlichen Niedergang führte. Riesige Versorgungslücken waren die Folge. Die DDR-Führung versuchte Anfang 1989, mittels einer neuen „Reiseverordnung“, die die Möglichkeiten zu Privatreisen in die Bundesrepublik und zur ständigen Ausreise erweiterte, diesem Druck zu begegnen. Trotzdem nahm die Zahl der Ausreiseanträge einfach nicht ab. Der Verzögerung der Bearbeitung ihrer Ausreiseanträge begegneten viele Ausreisewillige mit zunehmender Flucht auf extraterritoriale Hoheitsbereiche der Bundesrepublik Deutschland, zuerst in Berlin, aber auch in die bundesdeutschen Botschaften in Warschau und Prag. In diesem gesamten Kontext wirkte die Ankündigung Ungarns im Mai 1989, den „Eisernen Vorhang“ mit seinen Grenzsicherungsanlagen zu Österreich abzubauen, und ein in der Nähe von Ödenburg (Sopron) stattfindendes „Paneuropäisches Picknick“, das ca. 700 Ungarnurlauber aus der DDR nutzten, um nach Österreich zu fliehen, wie eine Initialzündung. Nach den mehrmaligen Botschaftsbesetzungen in Prag und Warschau reisten Anfang Oktober 1989 viele tausend Flüchtlinge mit Sonderzügen zuerst über das Territorium der DDR, später direkt in die Bundesrepublik aus. Besonders bedrückend für die Hierbleibenden war es, zusehen zu müssen, wie mit den überwiegend jungen Menschen mit Kindern ihre Zukunft davonfuhr.

Wirtschaftlicher und politischer Zerfall

Die DDR befand sich inzwischen in der gefährlichsten politischen Krise seit ihrer Gründung. Als drastische Repressionen in allen Landesteilen gegen Demonstranten am Rande der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Republikgründung dokumentiert wurden, sich deren Umfang nicht mehr verschweigen ließ, und die SED-Führung vor den Massendemonstrationen am 8. und 9. Oktober 1989 zuerst in Dresden und dann in Leipzig zurückwich, wurde klar, dass die Entwicklung aus dem Ruder laufen würde und der Machtanspruch der SED aufgegeben werden musste.

In Berlin kam es zu verzweifelten personellen Veränderungen im Zentralkomitee der SED und im Politbüro. Für den neuen Generalsekretär Egon Krenz wurde eine Analyse der wirtschaftlichen Situation der DDR von einer Arbeitsgruppe um Gerhard Schürer, dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, erstellt, die ein düsteres Bild der wirtschaftlichen Situation zeichnete.¹ Als Schürer diese Analyse am 30. Oktober 1989 dem Politbüro zuleitete, in der festgestellt wurde, dass die DDR unregierbar werden würde, wenn man auch nur versuchte, die Zunahme der Verschuldung zu stoppen, weil allein dieser Schritt eine Absenkung des Lebensstandards der Bevölkerung der DDR von 25 bis 30 Prozent zur Folge gehabt hätte, war bereits ein so hoher Grad an Destabilisierung der Wirtschaft erreicht, dass damit quasi schon die Unregierbarkeit eingetreten war.

Zunehmend instabiler wurde die Lage, als es am 9. November 1989 zur mehr oder weniger beabsichtigten Öffnung der Grenze zur Bundesrepublik kam. Im jetzt für viele Menschen erstmals erlebbaren Vergleich der Lebensverhältnisse in Ost und West wuchs nun bei der Mehrzahl der DDR-Bürger der Wunsch nach einer baldigen Anpassung der Lebensstandards. Hinzu kam, dass man sich zwar das Begrüßungsgeld von 100 DM pro Person abholen konnte, aber dann doch bei weiteren Wünschen wieder auf seine nicht konvertible Binnenwährung zurückgeworfen war. Was man im Urlaub z. B. in Ungarn schon immer erfahren musste, dass man aufgrund seiner Währung in der Behandlung Mensch zweiter Klasse war, wurde einem nun schmerzlich wieder bewusst.

In den turbulenten Ereignissen am 9. November 1989 wurde deutlich, dass das Politbüro oder der Ministerrat nicht mehr in der Lage waren, überlegte und zielgerichtete Entscheidungen zu treffen, um das politische System der DDR noch stabilisieren oder retten zu können. Am 10. November erklärte Egon Krenz auf der ZK-Tagung, dass eine „sehr komplizierte Lage“ entstanden sei: Arbeiter in Großbetrieben hätten ihre Arbeitsplätze verlassen, hochwertige Konsumgüter würden abgekauft, in Dresden und Schwerin seien große Sparkontenbewegungen zu verzeichnen, vor den Grenzübergangsstellen und an den Volkspolizeiamttern bildeten sich lange Schlangen.² Die Versorgung der Bevölkerung nahm desaströse Zustände an. Der Exodus war nicht zu stoppen: vom 10. November bis zum 31. Dezember 1989 kehrten immer noch 119.000 Bürger ihrer Heimat den Rücken.

Am 21. November 1989 wurde mit Unterstützung der Kirchen und auf Drängen der oppositionellen Gruppen und Parteien die Bildung eines „Runden Tisches“ nach polnischem Vorbild erreicht. Das engte die Spielräume und Entscheidungsmöglichkeiten der SED und des vom ZK gewählten Ministerpräsidenten Modrow zunehmend ein. Zusätzlichen Druck erzeugten die massenhaften Parteiaustritte und der damit schwindende Rückhalt in der eigenen Partei und die weiter anhaltenden Demonstrationen überall in der DDR. In seiner

ersten Regierungserklärung vom 17. November sprach sich Ministerpräsident Hans Modrow dafür aus, „die Verantwortungsgemeinschaft beider deutscher Staaten durch eine Vertragsgemeinschaft zu untersetzen“, wodurch „beide deutsche Staaten und ihre Beziehungen wichtige Pfeiler für den Bau und die Ausgestaltung des gemeinsamen europäischen Hauses“ werden sollten.³ Das diente dem Versuch, die instabile politische und wirtschaftliche Lage doch noch in den Griff zu bekommen und Forderungen („Wir sind ein Volk!“) nach einer Vereinigung beider deutscher Staaten zu begegnen. Bei der inhaltlichen Bestimmung des Begriffes „Vertragsgemeinschaft“ blieb er aber eher im Bereich des Unbestimmten. Zuvor hatte die Bundesregierung durch Kanzleramtsminister Rudolf Seiters Klarheit darüber erlangen wollen, wie sich die DDR-Führung zu Meinungsfreiheit, freien Wahlen und zur ungehinderten Zulassung von Parteien stellen wollte. Thema der Unterredungen waren zudem immer wieder Fragen der Wirtschaftshilfe, die aber von Seiten der Bundesregierung nur für konkrete Projekte in den Bereichen Telekommunikation, Verkehr und Umweltschutz, jedoch nicht für eine Dauersubventionierung des DDR-Staatshaushaltes vorgesehen war. Als unabdingbare Voraussetzungen für die Gewährung dieser Wirtschaftshilfen waren von westdeutscher Seite genannt worden: Transformation des politischen und wirtschaftlichen Systems hin zu Demokratie und Marktwirtschaft. Erst, wenn diese Bestrebungen konsequent sichtbar und unumkehrbar würden, sollten Wirtschaftshilfen zum Tragen kommen. Das führte zu einem Dissens mit Teilen der in der Bundesregierung vertretenen FDP. Die stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Ingrid Matthäus-Maier und Wolfgang Roth, forderten ein „nationales Unterstützungsprogramm“, das als Voraussetzungen für die Ausreichung nicht nur „tiefgreifende politische Reformen“, sondern auch „marktgerechte Preisbildung, Dezentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen, Öffnung von Spielräumen für Privatinitiative, z. B. im Handwerk, leistungsorientierte Entlohnung und Konvertierbarkeit der Währung“⁴ forderte. Nach kurz darauf folgenden Gesprächen mit der SDP und anderen Oppositionsgruppen distanzieren sie sich jedoch wieder von ihren genannten Bedingungen und formulierten nun, dass es bedingungslose Unterstützungen geben müsse. Oskar Lafontaine ging sogar noch weiter und verlangte am 25. November 1989, den immer noch zuströmenden Übersiedlern aus der DDR den Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen der Bundesrepublik und sogar die Gewährung der deutschen Staatsbürgerschaft nach dem Grundgesetz zu verwehren. Seine Begründung: Solange den DDR-Bürgern die Menschenrechte vorenthalten waren, hätten sie von Seiten der Bundesrepublik als Inländer betrachtet werden müssen. Nachdem sie aber ihre Menschenrechte erkämpft hatten, sei das nicht mehr zwingend notwendig.⁵ Trotz der sich überstürzenden Ereignisse registrierten vie-

le der inzwischen politisch sensibilisierten DDR-Bürger solche Aussagen und ließen das schließlich auch in ihre späteren Wahlentscheidungen einfließen.

Die Regierung Modrow versuchte, mit Reformvorschlägen zu Verbesserungen in der Wirtschaft zu gelangen und die Bevölkerung zum Bleiben zu bewegen. Die Professorin für Außenwirtschaft und bisherige Rektorin der Hochschule für Ökonomie, Christa Luft (SED), sollte Konzepte für die geplanten Wirtschaftsreformen erarbeiten und wurde „Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates für Wirtschaft“, allerdings ohne eigenes, ihr zugeordnetes Ministerium. Damit sollte Reformwille dokumentiert werden, um den Bürgern Hoffnung auf bessere Versorgung zu geben und gleichzeitig die zur Stabilisierung der Wirtschaft bitter nötigen Finanzhilfen aus der Bundesrepublik zu erhalten. Die dabei sicher real formulierten Zeiträume waren viele DDR-Bürger nicht mehr bereit, abzuwarten. Ausdruck fand das beispielsweise am 21. Januar 1990 in einer Aktion am Grenzübergang Duderstadt/Worbis nahe Teistungen, bei dem etwa 20.000 DDR-Bürger mit Koffern über die Grenze nach Niedersachsen gingen und erklärten: „Kommt die D-Mark nicht zu uns, gehen wir zur D-Mark!“ und anschließend wieder zurückkehrten.⁶ Auch bei Montagsdemonstrationen in Leipzig und in weiteren Städten tauchten zunehmend Plakate mit der Forderung nach der D-Mark auf.

In den Diskussionen zu tiefgreifenden Veränderungen der DDR-Wirtschaft kam zunehmend die Eigentums-Problematik der Volkswirtschaft in den Blick. Was ist überhaupt Volkseigentum? Wie kann eine Eigentumszuordnung erfolgen? Wie ist mit Volkseigentum umzugehen? Dabei wurde deutlich, wie verlogen dieser Begriff in Wirklichkeit war und welche Probleme sich in der Zukunft daraus ergeben sollten.

Nachdem am 12. Februar 1990 am Runden Tisch durch Wolfgang Ullmann, Vertreter von Demokratie Jetzt und Minister ohne Geschäftsbereich in der zweiten Regierung Modrow, der Antrag eingebracht wurde, eine „Treuhänderische Behörde zur Betreuung des Volksvermögens“ einzurichten, begann die Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform unter Leitung von Christa Luft, mit Hochdruck die Voraussetzungen für die Gründung einer Treuhandanstalt vorzubereiten. Am 1. März 1990 wurde dann die Gründung einer „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ vorgenommen und eine Verordnung zur „Umwandlung von Volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften“ erlassen.⁷ Die Gründung der Treuhandanstalt geht also, was heute weitgehend vergessen oder unbekannt ist, auf die Regierung Modrow zurück und muss als der Versuch gewertet werden, Reste der sozialistischen Ordnung so lange wie möglich zu erhalten. Dass sich national wie international die Verhältnisse auch im politischen Bereich verändern würden, wurde auf der Arbeitsebene in Gesprächen

3 Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die internen Gesprächsprotokolle. 3. Auflage Berlin 2009, S. 115.

4 Die SPD im Deutschen Bundestag, 12.11.1989. In: Deutschland '89, Bd. 20, S. 51. f.

5 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 25. November 1989, ebenso Interview im Morgenmagazin des WDR, 27. November 1989. In: Deutschland '89, Bd. 2, S. 702.

6 Vgl. Uwe Thaysen: Der Runde Tisch oder wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie. Opladen 1990, S. 183.

7 Vgl. Wolfram Fischer/Herbert Hax/Hans Karl Schneider (Hrsg.): Treuhandanstalt: Das Unmögliche wagen. Berlin 1993, S. 19 ff. sowie Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr.14/8.3.1990, S. 107 f.

- 8 Vgl. Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin 1991, S. 44.
- 9 Vgl. Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. In: Geschichte der deutschen Einheit. Bd. 2. Stuttgart 1998, S. 136.
- 10 Vgl. Teltschik 1991 (wie Anm. 8), S. 108.
- 11 Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, Gutachten vom Juni 1987 bis März 1990, S. 1490 f., Bericht dazu im Handelsblatt vom 24. November 1989.
- 12 Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Stuttgart 1991, S. 21.
- 13 Vgl. Interview im Bonner Generalanzeiger vom 19. Januar 1990.
- 14 Die Zeit vom 19. Januar 1990.
- 15 Dokumentation in Deutschland '90, Bd. 27.
- 16 Bundesministerium der Finanzen, Handakten Berger, 21. Dezember 1989; vgl. Theo Waigel/Manfred Schell: Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion. München 1994, S.169 ff.

mit der Sowjetunion deutlich, die Nikolai Portugalow im Auftrag des Leiters der Abteilung für internationale Politik im ZK der KPdSU, Valentin Falin, mit Horst Teltschik, dem wichtigsten außenpolitischen Berater Helmut Kohls im Kanzleramt, führte. Der von Portugalow vorgelegte Fragenkatalog an den Bundeskanzler ließ erkennen, dass in Moskau inzwischen in der deutschen Frage „über alles Mögliche, sogar quasi Undenkbares“ nachgedacht und in den Bereich des Möglichen gezogen wurde.⁸

In Konsequenz dieser Signale wurde im kleinen Beraterkreis des Bundeskanzlers ein „Zehn-Punkte-Programm“ erarbeitet, das am 28. November 1989 im Bundestag vorgetragen wurde. Darin wurde zwar Modrows Formulierung der Vertragsgemeinschaft aufgegriffen, allerdings in einen Prozess eingeordnet, der die staatliche Einheit zum Ziel hatte. Bundeskanzler Kohl blieb seiner einmal festgelegten Position hinsichtlich Wirtschaftshilfen an die DDR treu: „Umfassende Wirtschaftshilfe erst, wenn die DDR zur Transformation ihres politischen und ökonomischen Systems bereit war und sich auf dem Wege zu Demokratie und Marktwirtschaft befand.“⁹

Als es im Bundestag am 1. Dezember 1989 um die Abstimmung über das von Helmut Kohl vorgestellte Zehn-Punkte-Programm ging, enthielt sich die SPD-Bundestagsfraktion der Stimme. Die Reaktion der DDR-Regierung war zu erwarten: Wirtschaftshilfe für die DDR, ja, aber Ablehnung der Perspektive der staatlichen Einheit, wie in dem Zehn-Punkte-Plan formuliert. Auch ein offizielles Papier Gorbatschows vom 18. Dezember an den Bundeskanzler mahnte, weiterhin von der Existenz zweier deutscher Staaten auszugehen. Kohls Besuch in Dresden am 19. und 20. Dezember und der überwältigende, von hohen Erwartungen zeugende Empfang der Bevölkerung verstärkten seine Absicht, das Ziel der Wiedervereinigung jetzt beherzter anzugehen. Als die Regierung Modrow versuchte, den Staatssicherheitsdienst der DDR durch Umbenennung am Leben zu erhalten, war das für den Bundeskanzler das Zeichen, eine wie auch immer geartete Vertragsgemeinschaft nicht mehr mit der Regierung Modrow, sondern mit einer aus den geplanten Neuwahlen hervorgehenden, demokratisch legitimierten Nachfolgeregierung abzuschließen.¹⁰

Bei einem Treffen im engsten Kreis der Berater am 13. Dezember 1989 im Kanzleramt drängte der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble zu schnellen Entscheidungen bezüglich einer zu verwirklichenden Währungs- und Wirtschaftsgemeinschaft, da mit noch so vielen Hilfsprogrammen allein das Problem der weiteren Übersiedlungen nicht zu lösen sei. Die Bundesregierung solle vor schnellen und eben auch großen Entwicklungsschritten nicht zurückschrecken. Damit hatte er die Schlussfolgerungen eines Kurzgutachtens des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft vom 18. November 1989 aufgenommen, das eine staatliche und wirtschaft-

liche Einheit der beiden deutschen Staaten als Voraussetzung für eine Stabilisierung der Verhältnisse formulierte.¹¹ Das Konzept einer Währungsunion gewann an Bedeutung, als Anfang Januar 1990 der Exodus aus der DDR wieder zunahm und über 2.000 Menschen täglich übersiedelten. Dieser Umstand und die näher rückenden freien Wahlen bereiteten den Boden für das „Denken des bisher Undenkbaren“, wie es Schäuble formulierte.¹² Was seine Kollegen im kleinen Kreis am 13. Dezember 1989 noch ablehnten, kam nun Mitte Januar 1990 in greifbare Nähe. Das brachte Kurt Biedenkopf in einem Artikel im „Bonner Generalanzeiger“ zum Ausdruck, in dem er konstatierte: „Es gibt nach der Öffnung der Grenze starke Kräfte, die auf eine schnelle Lösung der Währungsfrage hindrängen. Man kann die Währungsfrage nicht behutsam lösen. Auf den Wunsch nach Behutsamkeit werden die Menschen in beiden Teilen Deutschlands keine Rücksicht nehmen – auch jene nicht, die unternehmerisch tätig sind. Sie wird schneller gelöst werden, als wir denken.“¹³ In gleicher Weise äußerte sich Ingrid Matthäus-Maier: Mit einer Währungsunion würde auf der für das konkrete Leben der Menschen entscheidenden Alltagsebene die deutsche Einheit sichtbar vorangebracht.¹⁴ Insgesamt waren das reale Einschätzungen der Situation. Damit war die öffentliche Diskussion eröffnet. Die Chancen und Risiken einer Währungsunion wurden nun in den Medien kontrovers diskutiert. Präsident und Vizepräsident der Bundesbank, Professoren der Volkswirtschaftslehre, Ökonomen, Politiker, Unternehmer oder Geschäftsführer von Verbänden präsentierten ihre Sicht der Dinge und mögliche Szenarien und Modelle einer Währungsunion. Kritisch fielen auch fast alle Kommentare der führenden Tageszeitungen aus.¹⁵

Im Hintergrund, unbemerkt von der Öffentlichkeit, bereitete sich das Bundesministerium der Finanzen (BMF) seit Mitte Dezember 1989 auf alle möglichen Szenarien und Eventualitäten vor. Wesentliche Akteure, die die Vorbetrachtungen zur Währungsunion prägten, waren Dr. Thilo Sarrazin, der Referatsleiter in der Abteilung „Geld und Kredit“ im Bundesfinanzministerium, sein Vorgesetzter und Abteilungsleiter dieser Abteilung, Gert Haller, und vor allem der Staatssekretär Dr. Horst Köhler, der den Diskussionsprozess im BMF vorantrieb und auch zu unkonventionellen Wegen bereit war. Sarrazin war überzeugt, dass nach der Grenzöffnung das Wirtschaftssystem der DDR nicht mehr funktionieren konnte, so in einem Vermerk in „Szenario zur weiteren Entwicklung des Währungsproblems in der DDR“ vom 21. Dezember 1989.¹⁶ Das von Sarrazin am 15. Januar 1990 ausgearbeitete „Zehn-Punkte-Programm“ zur Reform der DDR-Wirtschaft enthielt zu Punkt zehn seinen Vermerk: „Am Ende der Entwicklung könnte eine deutsch-deutsche Währungsunion mit gemeinsamer Währung und gemeinsamen Institutionen stehen. Die bis dahin notwendige Übergangszeit wird um so kürzer, je schneller der Reformprozeß begonnen und je konsequenter

er durchgeführt wird. Die Menschen in der DDR haben dann die Perspektive, bald eine deutliche Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu erfahren.¹⁷ Das Programm wurde am 26. Januar 1990 ans Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, das Bundeswirtschaftsministerium und die Bundesbank geleitet. Es enthielt einen Vermerk, dass die drastischen Entwicklungen in der DDR aber eine Dringlichkeit erreichen könnten, dass für Stufenpläne keine Zeit mehr blieb. Ein weiterführendes Papier war Sarrazins Vermerk „Gedanken zu einer unverzüglichen Einbeziehung der DDR in den D-Mark-Währungsraum“ vom 29. Januar 1990.¹⁸ Dieser Vermerk stellte ein Schlüsseldokument dar, das die Entwicklung maßgeblich bestimmte, und zwar stärker als irgendeine Stellungnahme aus Ministerien, der Bundesbank oder aus den Forschungsinstituten. Dieses Dokument lief auf eine Stichtagsregelung im Gegensatz zur bisher gedachten Stufenregelung hinaus. Damit entstand eine Dynamik, die noch durch die zugespitzte politische Lage Gorbatschows in der Sowjetunion beschleunigt und verstärkt wurde. Bei einem Treffen Kohls mit Gorbatschow Anfang Februar 1990 in Moskau wurde deutlich, dass sich die sowjetische Seite nicht mehr gegen eine Währungsunion und schließlich die deutsche Einheit stellen würde. Allerdings rückten nun die ökonomischen und Sicherheitsinteressen der Sowjetunion in den Fokus.

Das Angebot der D-Mark als Signal zum Bleiben

Das Angebot der D-Mark, das die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in die Öffentlichkeit gebracht hatte, war das „Signal zum Bleiben“, wie ein ZEIT-Artikel vom 19. Januar 1990 überschrieben war. Zum Kabinettsbeschluss vom 7. Februar zur Einführung der D-Mark in der DDR nahm Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl so Stellung, dass er diese Entscheidung als eine politische bezeichnete, die allein von der Bundesregierung verantwortet werden müsse. Sein Haus werde die Regierung bei dieser Aufgabe „von nationaler und historischer Dimension“ loyal unterstützen und dazu beitragen, die damit verbundenen Risiken so klein wie möglich zu halten.¹⁹ Bei der Reise der DDR-Regierungsdelegation unter Leitung von Hans Modrow am 13. Februar 1990 nach Bonn wurden die Differenzen in den Positionen zu einer schnellen Währungsunion drastisch sichtbar. Am Ende musste aber auch die DDR-Regierung zugeben, dass das Angebot der D-Mark, auch wenn es von Modrow abgelehnt wurde, zu einer Dynamik in Richtung einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten geführt hatte, die so kurz vorher nicht vorstellbar gewesen wäre. In den „Schlussfolgerungen“ des Ministerrats aus dem Besuch in Bonn ist denn auch zu lesen: „Die entscheidende politische Bedeutung des Besuchs besteht darin, daß nunmehr zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten endgültig die Weichen für die baldige Ver-

einigung von DDR und BRD zu einem deutschen Bundesstaat gestellt wurden.“²⁰

Bei den sich anschließenden deutsch-deutschen Expertengesprächen fungierten als Leiter der DDR-Delegation Walter Romberg (SPD) als Minister ohne Geschäftsbereich und auf bundesdeutscher Seite Staatssekretär Horst Köhler. „In den drei Plenarsitzungen und den Arbeitsgruppensitzungen der Expertenkommission konzentrierten sich die Diskussionen auf vier Problemkreise:

- Die Währungsumstellung,
- die Wirtschaftsreformen,
- den Staatshaushalt,
- die soziale Sicherung.“²¹

Um zu brauchbaren Ergebnissen in diesen vier Problemkreisen zu gelangen, war es unerlässlich, belastbare Zahlen zu den einzelnen volkswirtschaftlichen Bereichen zu erhalten. Schon das stellte sich als großes Problem dar: Welche Vergleichbarkeit war allein schon zwischen nicht konvertibler und konvertibler Währung gegeben? Welche Umtauschsätze wären aus volkswirtschaftlicher Sicht und menschlich berechtigten Wünschen vertretbar? Es ging ja nicht nur um die Sparguthaben der Bevölkerung, sondern vor allem auch um die Bewertung der volkseigenen Wirtschaft. Zu bewerten waren letztlich nicht nur die Aktiva des staatlichen Sektors, sondern die Ertragskraft der Betriebe, die nach einer Währungsumstellung zu bemessen war. Das war nahezu unmöglich. Wie sollten die festen Größen wie Bargeld, Sparguthaben und Kredite umgestellt werden? Was passiert mit laufenden Zahlungen von Löhnen, Mieten, Zinsen, Renten etc.? Wie sind die Außenhandelsbilanzen zu bewerten? Wer würde für die Differenzen der verbleibenden Auslandsverbindlichkeiten nach der Währungsumstellung eintreten? Immer wieder griffen die einzelnen Problemfelder ineinander über.

Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft gehörten untrennbar zusammen. Und damit kamen unweigerlich auch die Eigentums- und Vermögensfragen immer wieder in den Blick. Waren die Probleme, die die Expertenkommission zur Vorbereitung der Währungsunion mit der einhergehenden Wirtschaftsgemeinschaft zu lösen hatten, schon enorm, würden sich bald die Probleme, die sich hinter dem Begriff der „offenen Vermögensfragen“ verbargen, als ungleich schwieriger erweisen. Dieser Terminus entstammte der Zeit des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der Bundesrepublik von 1972. Dabei sollte verhindert werden, dass aus der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten die Anerkennung von erfolgten Zwangsmaßnahmen gegen private Eigentums- und Vermögenswerte abgeleitet werden konnte. Um trotz dieses Dissenses zu dem Grundlagenvertrag zu gelangen, wurde die Problematik der Vermögensfragen in ein Zusatzprotokoll ausgelagert und blieb damit „offen“. Mit den jetzt eingetretenen

17 Vollständiger Texte ebenda, S. 176 ff.

18 Vgl. ebenda, S. 182-190.

19 So auf der Bundespressekonferenz am 9. Februar 1990, vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Februar 1990.

20 Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Beschluß des Ministerrats vom 14. Februar 1990, BA DC 20/1/3/2912, S. 7.

21 Vgl. Grosser 1998 (wie Anm. 9), S. 219.



Geld der DDR
© Archiv der Ostsächsischen
Sparkasse Dresden

Verhältnissen, konnten sie aber nicht länger offengehalten werden.

Ein Vertragsentwurf zur Währungsunion mit Wirtschaftsgemeinschaft musste in den Prozess eingeordnet sein, der zur deutschen Einheit führte. Dieser sollte aber auch einen großen Teil der Interessen der DDR-Bürger berücksichtigen, die in irgendeiner Form finanzpolitisch vertretbar waren. Des Weiteren spielte der Zeitrahmen eine nicht unwesentliche Rolle. Als die Bundesbank Anfang März 1990 erklärte, zur technischen Vorbereitung der Währungsumstellung mindestens sechs Wochen zu benötigen, leiteten sich alle anderen Zeitraster daraus ab. Mit der Währungs- und Wirtschaftsgemeinschaft und einer darauf bezogenen Sozialunion wurden zwangsläufig eine Vielzahl von Anpassungen auf wichtigen Rechtsfeldern erforderlich.

Nach langen zähen Verhandlungen zwischen den Delegationen der inzwischen demokratisch legitimierte Regierung der DDR unter Leitung des parlamentarischen Staatssekretärs im Amt des Ministerpräsidenten, Günther Krause, und auf bundesdeutscher Seite der durch Hans Tietmeyer geleiteten Delegation, kam es am 2. Mai 1990 vor der Bundespressekonferenz in Bonn zur Bekanntgabe der sogenannten „Zwölf-Punkte-Erklärung der Bundesregierung und der Regierung der DDR zur Währungsumstellung“²², in der die verbindlichen Modalitäten der Währungsumstellung zum 2. Juli 1990 festgeschrieben waren.

Am 18. Mai 1990 vormittags stimmten die Bundesregierung und die Regierung der DDR dem Staatsvertrag zu. Am Nachmittag dieses Tages unterzeichneten die Finanzminister im Beisein der Regierungsmitglieder der jeweiligen Seite den Vertrag. Ministerpräsident de Maiziere betonte in einer anschließenden Rede: „Die Einführung der D-Mark, die Einführung der dynamischen Rente und einer Arbeitslosenversicherung sowie die Hilfen für den Staatshaushalt der DDR sind eine großzügige politische Geste der Bundesrepublik Deutschland. Niemand soll vergessen, was die

Mark der DDR heute auf einem freien Markt wirklich wert wäre. Und niemand soll sich über die tiefe Krise der DDR-Wirtschaft Illusionen machen [...], welches Land bekommt eine solch gute Startposition wie wir mit diesem Vertrag? Jetzt sind wir in der DDR am Zuge, das Beste daraus zu machen. Ausgehend von einem realistischen Bild der Lage müssen wir mit einem neuen Gründergeist, mit Engagement, mit Zuversicht und mit dem Vertrauen in die eigene Kraft an die Arbeit gehen.“²³

Mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion waren unmittelbar auch die wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und den im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) verbundenen Staaten betroffen. Sofort stand die Preisbildung bei den vertraglichen Beziehungen im In- und Export mit dem RGW auf der Tagesordnung. Rund 900.000 Arbeitsplätze in der DDR waren direkt oder indirekt vom Export in die Sowjetunion abhängig. Auch diese Verflechtungen rückten mit der Währungsunion zwangsläufig in den Fokus und wurden somit Verhandlungsgegenstand für die deutsche Einheit. Mit der Einführung der D-Mark stand das Problem im Raum, dass DDR-Betriebe mit dem nun werthaltigen Geld kein Interesse mehr an sowjetischen Halb- und Fertigprodukten von minderer Qualität mehr haben und zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit lieber hochwertigere westliche Produkte kaufen würden. In der Folge kam es im Jahr 1991 dann zum Zusammenbruch des Osthandels der DDR. Mit geregelt werden musste die finanzielle Versorgung der auf dem Gebiet der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte. Das betraf vor allem die Stationierungskosten und die Umtauschmodalitäten für die Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte. 12 Tage vor Inkrafttreten der Währungsunion waren die Umtauschsätze für die in der DDR stationierten Truppen immer noch nicht geregelt. Am 25. Juni 1990 erreichten die Verhandlungsführer endlich einen Durchbruch: Umstellung der Geldbestände im Besitz von Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte 2:1 über die Feldbank der Streitkräfte. Bei den Stationierungskosten für das zweite Halbjahr 1990 ließ sich die sowjetische Forderung von 1,4 Milliarden DM auf 1,25 Milliarden DM herunterhandeln. Damit hatte die sowjetische Regierung wenigstens erst einmal Entlastung bei der Versorgung der Westgruppe der Streitkräfte. Auf der anderen Seite drohten Zerfall und chaotische Zustände in der Sowjetunion. Es war also Eile in den Verhandlungen zur deutschen Einheit geboten.

Weltweit einzigartiges Projekt

Mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 gelang etwas weltweit Einmaliges: Zwei Staaten, deren Wirtschaftssystem und deren Leistungsfähigkeit extrem voneinander abwichen, noch kein gemeinsames Rechtssystem und keine politische Einheit hatten, wurden zu einem Wirt-

22 dpa-bulletin vom 2. Mai 1990, in: Deutschland '90, Bd. 24, S. 15046.

23 Erklärungen des Ministerpräsidenten in: dpa-bulletin vom 18. Mai 1990, in: Deutschland '90, Bd. 26, S. 15910 ff.

24 Vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsberichte. Oktober 1990, S. 28.

schafts- und Währungsgebiet mit Hilfe einer einheitlichen Währung zusammengeführt.

Mit der Vorbereitung und dann der technischen und organisatorischen Umsetzung der Währungsumstellung bewies die Bundesbank in glänzender Weise ihre Leistungsfähigkeit. Daran hohen Anteil hatten aber auch die Mitarbeiter der Staatsbank der DDR und dann natürlich aller weiteren Banken in der DDR. Zur Vorbereitung und Durchführung der Währungsunion stellte die Bundesbank etwa 250 eigene Mitarbeiter, 900 Mitarbeiter der Staatsbank der DDR mit befristeten Verträgen bereit. Knapp 25 Millionen Konten mit einem Finanzvolumen von rund 180 Milliarden Mark der DDR mussten in D-Mark umgestellt werden. Etwa ein Drittel dieser Geldmenge wurde 1:1, zwei Drittel 2:1 umgestellt. Damit verfügten die Bürger der DDR nach der Währungsumstellung über ca. 120 Milliarden DM.

Artikel 1 Absatz (2) des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 legte fest, dass beginnend mit dem 1. Juli 1990 die Deutsche Bundesbank die Währungs- und Notenbank des neuen Währungsgebietes ist und damit auf dem Gebiet der DDR die DDR-Staatsbank in dieser Funktion ablöst. Verbindlichkeiten und Forderungen, die auf Mark der DDR lauteten wurden auf D-Mark umgestellt. In Anlage I zu diesem Vertrag wurden die Bestimmungen über die Währungsunion und die Währungsumstellungen fixiert. Die ab dem 1. Juli als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel auf Deutsche Mark lautenden Banknoten wurden von der Deutschen Bundesbank, die auf Deutsche Mark und Pfennig lautenden Münzen von der Bundesrepublik Deutschland ausgegeben. Die Umlaufmünzen in der Stückelung von 1 bis 50 Pfennig der DDR blieben solange als gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR gültig, bis sie durch entsprechende Bundesmünzen ersetzt werden konnten.

Alle auf Mark der DDR lautenden Zahlungsmittel konnten bis zum 6. Juli 1990 auf ein Konto bei einem Kreditinstitut der DDR eingezahlt werden und nach Antrag zu unterschiedlich gestaffelten Beträgen umgetauscht werden. Zur Einzahlung und Antragstellung waren mit Ausnahme der Geldinstitute alle natürlichen oder juristischen Personen oder sonstigen Stellen berechtigt, deren Wohnsitz, Sitz oder Ort der Niederlassung sich in der Deutschen Demokratischen Republik befand. Für Personen mit Wohn- oder Firmensitz außerhalb der DDR konnte die Umstellung bis zum 13. Juli 1990 bei dem für sie kontoführenden DDR-Geldinstitut beantragt werden. Bei Versäumen der Fristen wurde es natürlichen Personen bis zum 30. November 1990 ermöglicht, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu beantragen, wenn sie glaubhaft nachweisen konnten, dass sie ohne Verschulden außerstande waren, rechtzeitig Banknoten und Münzen auf ein Konto bei einem Geldinstitut einzahlen und die Umstellung beantragen zu können.

Zuerst einmal waren alle auf Mark der DDR lautende Zahlungsmittel umzustellen, dazu alle For-

derungen und Verbindlichkeiten. Es gab aber auch noch begrenzt auf dem Territorium der DDR vorhandene Scheinwährungen: z.B. Forum-Schecks, die man nach Änderung des Devisengesetzes der DDR für abzuliefernde D-Mark erhielt, um in den Intershops Westwaren einkaufen zu können. Dazu kam sogenanntes LPG-Geld, Gefangenen-Geld, Benzin-Talons und weitere geldwerte Mittel, wie DDR-Reiseschecks. Alles das musste erfasst, in Geldbestände umgewandelt und den Konten gutgeschrieben werden.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Währungsunion eine Herkulesaufgabe für alle Beteiligten darstellte. Die Bundesbank musste 460 Tonnen an Banknoten in 22.000 Packbeuteln mit jeweils 20 Paketen zu 1.000 Banknoten im Wert von etwa 25 Milliarden D-Mark herstellen, verpacken und gesichert in die Noch-DDR transportieren lassen.²⁴ Hinzu kamen noch 500 Tonnen Münzgeld. Das alles musste auf etwa 15.000 Bankfilialen verteilt werden. Die Wochen vor der Währungsunion verlangten von den Bankmitarbeiterinnen und -mitarbeitern Höchstleistungen ab. Die Umstellungsanträge mussten ausgegeben werden. Dies geschah meist schon vor den Bankfilialen, damit sich so wenig wie möglich Schlangen bildeten.

Da der Geldumtausch von Bargeld und Bankguthaben nur über Konten verwirklicht wurde, wurden Ummengen Bargeld angenommen, gezählt, verbucht und gerollt. Das eingenommene DDR-Geld musste bis zum Abtransport gelagert werden, parallel dazu das neue Geld. Dies führte zu unglaublichen Platzproblemen.

Das neue, nun werthaltige Geld wurde auf den offiziellen Transporten von Frankfurt am Main in die auf DDR-Gebiet geschaffenen Bankzentralen der Bundesbank schwer bewacht. Aber schon die Transporte zur Verteilung in die Bankfilialen geschahen oftmals auf z. T. abenteuerlichen Wegen und mit improvisierten Transportmitteln. Die vorgefundenen Sicherheitsmaßnahmen entsprachen also eher der Werthaltigkeit der DDR-Mark. Kommunikationsmöglichkeiten waren nur sehr be-



Forum-Schecks

© Archiv der Ostsächsischen Sparkasse Dresden

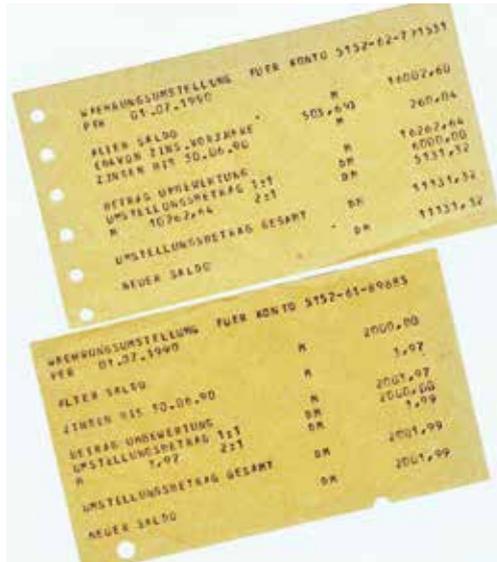


Gefangenengeld des Volkspolizeikreisamts Dresden, 1980er Jahre
Foto: Frank Metasch

Ausgabe der Umstellungsanträge vor der Sparkassenfiliale am Bischofsweg in Dresden
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek, Foto: Regine Richter



Kontoauszüge mit den umgestellten Guthaben
© Archiv der Ostsächsischen Sparkasse Dresden



Warteschlange vor der Sparkassenfiliale Neustädter Markt in Dresden am 1. Juli 1990
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek



rechts: Auszahlungsquittung für DM-Auszahlung, Juli 1990
Foto: Frank Metasch

25 Vgl. Grosser 1998 (wie Anm. 9), S. 443 f.

Autor
Folkard Wunderlich
Archiv der Ostsächsischen Sparkasse Dresden

schränkt vorhanden. Auch die Möglichkeiten der Aufbewahrung und Sicherung der D-Mark-Bestände konnte meist nicht mit technischen Ausstattungen, sondern mit Hilfe von Volkspolizisten mit Maschinenpistolen rund um die Uhr verwirklicht werden. Wie der kommissarische Erste Direktor der neu errichteten Bundesbankfiliale in Dresden, Arvid Mainz, berichtete, waren mit der Lagerung der neuen und der alten Währung (in unterschiedlichsten Behältnissen und farbenfrohen, selbstgegnähten Stoffbeuteln) die vorhandenen Tresoranlagen schnell erschöpft.²⁵

Waren die Pakete mit den Banknoten noch durch körperlichen Einsatz vor Ort zu entladen, machten die Münzgold-Holzlisten aufgrund ihres Gewichtes besondere Probleme, da die meisten Bankfilialen nicht über Entladerampen, Gabelstapler oder Hubwagen verfügten. Hier waren der Einfallsreichtum und die persönlichen Beziehungen der Mitarbeiter vor Ort gefragt. So ließ sich der damalige Direktor der Sparkasse Dresden bei einem

befreundeten Schlossermeister einen Gabelstapler aus, damit die Münzgold-Container überhaupt vom LKW geladen werden konnten.

Um den DDR-Bürgern die für ihren täglichen Bedarf nötigen Barmittel zur Verfügung stellen zu können, wurden im Rahmen des Kontoguthabens bei den kontoführenden Geldinstituten D-Mark-Auszahlungs-Quittungen bis zu einem Höchstsatz von 2.000 DM je natürlicher Person ausgereicht. Gegen Vorlage dieser Quittungen konnten dann ab Sonntag, 1. Juli 1990, die D-Mark-Beträge bei den unterschiedlichsten Auszahlungsstellen (Geldinstitute, Ämter, Polizeidienststellen, Schulen usw.) in Empfang genommen werden. Trotzdem bauten sich überall schnell Warteschlangen auf, die bewältigt werden mussten.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass die vom VEB Rapido Radebeul hergestellten Geldautomaten auch noch auf die Auszahlung von D-Mark umgestellt wurden. Wer also damals eine Geldkarte besaß, konnte die Warteschlangen umgehen und dort seinen D-Markbedarf decken. Der Ausgabe der D-Mark-Bestände standen die im Vorfeld eingenommenen Bestände von DDR-Mark gegenüber. Der Abtransport dieser Bestände und der Vernichtung mussten ebenfalls unter erhöhten Sicherheitsforderungen stattfinden, um sie nicht ein zweites Mal in den Geldkreislauf einfließen zu lassen. Insgesamt waren das etwa 380 Tonnen Papiergeld und mehr als 4.500 Tonnen DDR-Münzen, die entsorgt werden mussten. Das hoch aluminiumhaltige Hartgeld wurde eingeschmolzen und feierte eine Wiederauferstehung z. B. als Mercedes-Türgriffe. Die Papiergeldbestände versuchte man in unterirdischen Stollen in den Thekenbergen bei Halberstadt, deren Zugänge man zubetonierte, verrotten zu lassen, was zuerst einmal misslang und schließlich in Müllverbrennungsanlagen verwirklicht werden musste.



Insgesamt bleibt festzuhalten: Was die im Wesentlichen weiblichen Bankbeschäftigten in dieser Zeit körperlich und mental geleistet haben, ist heute kaum noch nachzuvollziehen und wäre nach derzeitigen Standards überhaupt nicht mehr zulässig. Trotz dieser unglaublichen Leistungen und bewegten Geldmengen ist es in diesen Tagen der Währungsunion zu keinerlei Banküberfällen gekommen.